

**Robert Maruschke**

# **Community Organizing**

**Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung**

**Eine kritische Einführung**



**Robert Maruschke**

## **Community Organizing**

**Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung  
Eine kritische Einführung**

Seit einigen Jahren steigt Community Organizing zum Schlagwort in der außerparlamentarischen Stadt- und Sozialpolitik auf. Soziale Bewegungen verbinden mit der Parole *Organize!* die Hoffnung, die eigene Politik auf eine breite gesellschaftliche Basis stellen zu können. Diese Erwartung ist nicht unbegründet: Seit den 1880er Jahren ist Community Organizing in der US-amerikanischen Gesellschaft ein effektives Instrument emanzipatorischer Politik. Im 21. Jahrhundert angekommen, richtet sich die Energie vieler Nachbarschaftsorganisationen – auch in Deutschland – wieder gegen Gentrifizierung und rassistische Institutionen. Neben linken sozialen Bewegungen nutzen aber auch (neo)liberale Akteure Community Organizing als Instrument der Herrschaftssicherung.

Dieses Buch bietet eine kritische Einführung in das Feld des Community Organizing. Interviews mit Organizer\_innen aus Berlin und Los Angeles und viele Beispiele aus der politischen Praxis vermitteln die Chancen und Probleme der verschiedenen Ansätze. Dabei wird deutlich, dass Community Organizing eine kämpferische und langfristige Organisation in Stadtteilen ermöglichen und die vorherrschende Inhaltsleere in der neoliberalen Stadt in Frage stellen kann.

*Robert Maruschke* ist Politikwissenschaftler und Aktivist aus Berlin. Seine Schwerpunkte liegen auf stadt- und sozialpolitischen Themen. Er hat die Berliner Bürgerplattformen kritisch untersucht und über revolutionäres Community Organizing in den USA geschrieben. Dort arbeitete er zudem als Organizer.



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Gefördert durch die Projektförderung der Rosa Luxemburg Stiftung.

**Robert Maruschke: Community Organizing**  
Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung  
Eine kritische Einführung

1. Auflage 2014  
ISBN 978-3-942885-58-4

© edition assemblage  
Postfach 27 46  
D-48014 Münster  
[info@edition-assemblage.de](mailto:info@edition-assemblage.de) | [www.edition-assemblage.de](http://www.edition-assemblage.de)

Mitglied der Kooperation *book:fair*  
Mitglied der *assoziaton Linker Verlage* (aLiVe)

Umschlag: Max Maruschke  
Satz: bi, Münster  
Lektorat: Armin Kuhn  
Druck: CPI Clausen & Bosse, Leck  
Printed in Germany 2014

## Inhalt

<b>01</b>	<b>Einleitung</b>	<b>7</b>
<b>02</b>	<b>»Organizing ist eine revolutionäre Alternative« - Ein Gespräch mit Eric Mann</b>	<b>15</b>
<b>03</b>	<b>Eine kritische Einordnung</b>	<b>21</b>
<b>04</b>	<b>Ein Jahrhundert zwischen Revolution und Herrschaftssicherung</b>	<b>27</b>
	Die Geschichte liberalen Community Organizings	28
	Historische Ursprünge revolutionären Community Organizings	42
<b>05</b>	<b>Vier Eckpunkte revolutionären Community Organizings</b>	<b>55</b>
	Kritische Analyse und Opposition	57
	Politische Basisarbeit	60
	Konfrontative Politik	66
	Solidarität	69
	Soziale Such-Bewegung	71
<b>06</b>	<b>Community Organizing in der BRD</b>	<b>73</b>
	Die Organisierung neoliberaler Aufwertungscoalitionen – Quartiersmanagement und Bürgerplattformen	74
<b>07</b>	<b>»Die Bewegung hat einen Schritt gemacht« – Kotti &amp; Co und Zwangsräumungen verhindern</b>	<b>81</b>
<b>08</b>	<b>Community Organizing im Neoliberalismus</b>	<b>89</b>
	Falsche Freundschaften in der neoliberalen Stadt	93
<b>09</b>	<b>Für eine schlagkräftige soziale Bewegung!</b>	<b>97</b>
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>105</b>

Ziel, die integrierten Formen der Unterdrückung entlang der eigenen Erfahrungen langfristig zu überwinden. Die betroffenen gesellschaftlichen Gruppen sollen in dieser Auseinandersetzung die Richtung vorgeben. Die praktische Umsetzung dieser Vorstellung ist noch lange nicht abgeschlossen und bedarf einer ständigen Reflexion. Nicht geklärt ist in diesem Zusammenhang der Umgang mit neoliberalen Vereinnahmungsversuchen und Gegen-Organisierungen. Dies berührt auch die Frage, wann und wie Bündnisse mit weniger kritischen Akteuren eingegangen werden können und sollen. Die Beteiligung des Strategy Centers an der Wahlkampagne Barack Obamas könnte als Anlass genommen werden, diese praktische Frage ohne zynische Rechthaberei und unter gegenhegemonialen Gesichtspunkten zu diskutieren.

Was für den Umgang mit Vielfalt und Intersektionalität gilt, kann auch auf das Thema der Basisdemokratie übertragen werden. Transformatives Community Organizing ist ein Angebot basisdemokratischer Nachbarschaftsorganisation, das aber auf die Organisation begrenzt bleibt. Die Frage, wie grundlegende politische Prozesse über die eigene Organisation hinaus organisiert werden können, bleibt offen. Auch das Verhältnis von organisationsinterner Demokratie und bezahlten Organizer\_innen im praktischen Konzept des Leadership ist nicht immer optimal und erfordert eine kontinuierliche Korrektur und das Eingestehen von Fehlern. Was zählt sind der konsequente Anspruch und die praktischen Versuche, die zusammenwirkenden, unterschiedlichen gesellschaftlichen Herrschaftsformen durch basisdemokratische Organisation herauszufordern.

## 06 Community Organizing in der BRD

Auch für die politische Nachbarschaftsarbeit in der BRD kann die Unterscheidung zwischen liberalen und transformativen Formen des Community Organizing helfen, die vorhandenen Konzepte klar abzugrenzen und grundlegende Fragen politischer Organisation nicht aus den Augen zu verlieren. Werden grundsätzliche Schief lagen der Gesellschaft thematisiert oder ausgeblendet? Wird sich mit deren Verursacher\_innen verbündet oder werden diese politisch angegriffen? Wird Community Organizing auch als Arbeit für umfangreichere politische Anliegen und die Stärkung sozialer Bewegungen betrachtet oder als Methodenbaukasten für Einzelkonflikte? Wird bei entgegengesetzten Interessen innerhalb der Nachbarschaft Partei ergriffen oder werden auftretende Widersprüche verdeckt? Ist kritische politische Bildung Bestandteil der Organisation oder geht es, wenn überhaupt, nur um die Vermittlung technischer Fähigkeiten?

Im dritten Kapitel dieses Buches habe ich die Trennlinie zwischen transformativem und liberalem Community Organizing anhand grober Orientierungspunkte verortet. Nach den letzten beiden Kapiteln ist ihr Verlauf durch einen historischen Rückblick auf die US-amerikanische Entwicklung der Nachbarschaftsorganisation, durch heutige Beispiele und theoretische Überlegungen genauer zu erkennen. Aber wo verläuft diese Trennlinie in der BRD?

Community Organizing hat in der BRD eine relativ kurze und selten kritische Geschichte. Es wird oftmals unter der Bezeichnung *Gemeinwesenarbeit (GWA)* diskutiert, einem Begriff aus der Sozialen Arbeit, der eine dritte Methode neben Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit beschreibt. Wie auch in den USA wird Community Organizing bzw. GWA in der BRD schwerpunktmäßig aus sozialpädagogischer Perspektive behandelt.

Bis in die 1960er Jahre wurde GWA als karitative Sozialtherapie verstanden. Ende der 1960er Jahre begannen Sozialarbeiter\_innen und Wissenschaftler\_innen sie als eine Praxis zu kritisieren, die gesellschaftliche Verwerfungen legitimiere und aufrechterhalte (Mohrlok u.a. 1993: 45). Im Zeichen erneuter Wirtschaftskrisen und diverser Protestbewegungen positionierten sich einige Vertreter\_innen für eine politische, parteiische, konfliktorientierte und Selbstorganisation fördernde Form der GWA. Diese sollte bei entgegengesetzten Interessen die auftretenden Konflikte nicht schlichten, sondern sie kämpferisch austragen (ebd.). Die Forderung nahm unter anderem Bezug auf Anfang der 1930er Jahre von der KPD unternommene Versuche, in armen Stadtteilen – ähnlich der Arbeitslosenräte in den USA – Basisorganisationen aufzubauen.

Diese kämpferische Perspektive auf GWA konnte sich in den folgenden Jahrzehnten - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nicht durchsetzen. Die kritische Debatte innerhalb der Sozialen Arbeit ist inzwischen fast verstummt. Neben der Sozialen Arbeit setzen sich seit einigen Jahren Gewerkschaften und

Parteien mit (Community) Organizing auseinander, um es für ihre Anliegen nutzbar zu machen. Weil es den Rahmen dieses Buches sprengen würde, werde ich aber weder auf die sozialarbeiterische noch auf die gewerkschaftliche Debatte näher eingehen.

Zu Community Organizing im Sinne einer ausdrücklich politischen, emanzipatorischen Intervention in die und aus der Nachbarschaft gibt es fast keine kritische deutschsprachige Literatur.<sup>15</sup> Seit wenigen Jahren erproben einige politische Initiativen jedoch organisatorische Ansätze, die dem transformativem Community Organizing ähneln. Im Folgenden werden zuerst aktuelle neoliberale Formen des Community Organizing in Berlin – Quartiersmanagements und Bürgerplattformen – problematisiert und am Beispiel der Bürgerplattform Wedding/Moabit ausführlich kritisiert. Anschließend richten wir den Blick auf emanzipatorische Initiativen, die den Status quo in der Stadt- und Sozialpolitik herausfordern. Dafür werden Vertreter\_innen des Bündnisses *Zwangsräumungen verhindern* und der Mieterorganisation *Kotti & Co* zu Wort kommen. Die politische Arbeit der Erwerbsloseninitiative BASTA hatte ebenfalls Einfluss auf die Argumentation in diesem Buch. Die Erfahrungen dieser Initiativen werden im darauf folgenden Kapitel diskutiert und verallgemeinert, bevor sie im Schlusskapitel abschließend bewertet werden.

## Die Organisation neoliberaler Aufwertungscoalitionen – Quartiersmanagement und Bürgerplattformen

In der BRD greifen verschiedene Stiftungen und staatliche Verwaltungen auf Ansätze liberalen Community Organizing zurück, um Bürger\_innen in einen unkritischen politischen Prozess auf der Nachbarschaftsebene einzubinden. Sie fordern eine stärkere Einbeziehung der Bürger\_innen in die städtebauliche Planung und plädieren gleichzeitig für eine Nicht-Thematisierung grundlegender Entwicklungsziele in der Stadtpolitik. Eine Veröffentlichung des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIFU), erstellt anlässlich der Gründung der Berliner Quartiersmanagements im Rahmen des Bund-Länder-Programms »Soziale Stadt«, unterstreicht diese Tendenz:

In diesem Rahmen übernimmt das Quartiersmanagement Aufgaben der Bewohneraktivierung, Stadtteilkoordination (z.B. Aufbau von Kooperationen auf gesamtstädtischer und Stadtteilebene), Projektinitiierung, Mittelakquisition, Öffentlichkeitsarbeit und Erfolgskontrolle/Berichterstattung. Es ist die »antreibende Kraft« vor Ort. Von zentraler Bedeutung ist die Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner, vor allem bisher schwer erreichbarer Gruppen. [...] Damit wird das Quartiersmanagement zu einer ebenenübergreifenden

intermediären Instanz zwischen Bewohner-, Verwaltungs- und Wirtschaftsinteressen (DIFU 2000: 2f.).

In diesem Zitat wird eigentlich alles gesagt, was es zu neoliberalen Beteiligungsformen zu sagen gibt. Sie existieren zur Vermittlung von Wirtschaftsinteressen in die Nachbarschaft. Stadtteile sollen Mittel für Projekte selbst aufreiben, damit die Koordination, Öffentlichkeitsarbeit und Erfolgskontrolle auch funktioniert. Die seit Ende der 1990er Jahre einseitig ausgerufenen Partnerschaft zwischen Bürger\_innen, Verwaltung und Wirtschaftsinteressen dient dazu, ein vermeintliches gemeinsames Interesse an einer ökonomischen Aufwertung der Stadtteile zu formulieren und durchzusetzen.

Seitdem werden in sogenannten »Problembezirken« bundesdeutscher Städte Quartiersmanagements eingerichtet, um die Stadtteile systematisch aufzuwerten und um die Rechtfertigungskluft zwischen neoliberalen Versprechen und der ernüchternden, von Zwangsumzügen und prekärer Beschäftigung geprägten Realität zu schließen. Die stattfindende Aufwertung orientiert sich vor allem an Wirtschaftswachstum und Profitsteigerung. In der Praxis drückt sich diese ökonomische Zurichtung der Stadtteile in steigenden Mieten und Lebenserhaltungskosten aus. Obwohl steigende Mieten vor allem aus dem Verwertungsdruck des angelegten Kapitals, also aus einer dem kapitalistischen Wohnungsmarkt innewohnenden Profitlogik resultieren, stellen die Quartiersmanagements ein wichtiges Element zur Legitimierung und Anpassung der Aufwertungsprogramme an die jeweiligen lokalen Eigenheiten dar.

Die Kritik an den Quartiersmanagements und anderen Beteiligungsformen (Runde Tische, Bürgerhaushalte, Stadtteilvertretungen, Bürgerentscheide etc.) sollte an der mangelnden demokratischen Entscheidungsmacht solcher Mitmach-Gremien ansetzen. In all den genannten Beteiligungsformen lassen die Veranstalter\_innen nicht zu, dass sich die Beteiligten gegen die auf Landes- oder Bundesebene getroffenen Entscheidungen stellen. Sie können die profitorientierte Stadtpolitik nur mitgestalten.

Die Initiator\_innen der Mitmach-Gremien gehen wie andere liberale Community-Organisationen von einer einheitlichen Community mit gemeinsamen Interessen aus, die es zu aktivieren gilt. Die Nachbarschaft wird zwar diffus als vielfältig wahrgenommen, entgegengesetzte Interessen oder Bedürfnisse werden aber ignoriert. Auch die Veröffentlichungen der Berliner Bezirksämter und Quartiersmanagements beschreiben einen vermeintlich einheitlichen neoliberalen Politikblock in der Bezirks- und Stadtpolitik.

Die Quartiersmanagements sichern neoliberale Politik nicht nur ideologisch, sondern auch praktisch ab. In Zusammenarbeit mit den Jobcentern zwingen sie Erwerbslose in Arbeitsplätze bei freien Trägern. Als »Kiezläufer«, »Green Cops« oder »Platzmeister« sollen sie in der Nachbarschaft für Ordnung sorgen. Der Sozialwissenschaftler Volker Eick weist treffend darauf hin, dass sich die Ver-

15 Die Ausnahmen sind – wie in der Einleitung erwähnt – Kaindl/Rilling (2011); Mohrlock u.a. (1993); Rothschild (2013).

schärfungen der Agenda 2010 im »Quartiersmanagement niederschlagen und sich die Verpflichtung zur ›Arbeit um jeden Preis‹ an den sogenannten sozialen Brennpunkten aktualisieren [dürfte]« (Eick 2005: 6). Die Einrichtung von Quartiersmanagements zeige, dass »neoliberale Verwüstungen« zwar erkannt, aber de-politisiert und – ganz im Sinne liberalen Community Organizings – auf Einzelfälle und technische Fragen reduziert werden. Die Bewohner\_innen der Stadtteile sollen sich mit neoliberalen Empowerment-Strategien selbst helfen (ebd.: 10).

Während Quartiersmanagements sich begrifflich nicht auf Community Organizing beziehen, lehnen sich das *Forum für Community Organizing (FOCO)* und das *Deutsche Institut für Community Organizing (DICO)* ausdrücklich an die liberale US-amerikanische Tradition an. Das FOCO ist formal ein Verein und vernetzt seit 20 Jahren die bundesdeutsche Debatte, bietet Schulungen zu Community Organizing an, unterstützt entsprechende Projekte und veröffentlicht zum Thema. Durch den Netzwerkcharakter ist es relativ heterogen zusammengesetzt. Das DICO ist demgegenüber wesentlich stringenter organisiert. Der US-amerikanische Professor Leo Penta hat an der katholischen Fachhochschule in Berlin Schöneeweide ein Institut geschaffen, das als neoliberaler Think Tank versucht, die Debatte um Community Organizing zu monopolisieren. Auch das DICO führt Schulungen durch und baut eigene Community Organizing-Projekte auf.

Alle Autor\_innen, die im Rahmen des FOCO und des DICO publizieren, richten den Blick ausschließlich auf Saul Alinsky, auf seine Texte und auf an ihn angelehnte Organisationen. Folgerichtig haben beide sehr ähnliche Perspektiven auf das Thema:

### **DICO**

Community Organizing ist ein parteipolitisch und konfessionell unabhängiger Ansatz, um lösungsorientiertes, zivilgesellschaftliches Engagement auf breiter gesellschaftlicher Basis von unten aufzubauen. Organizing zielt darauf, Menschen zu befähigen, ihr eigenes Leben, das gesellschaftliche Zusammenleben und damit das öffentliche Leben (wieder) gemeinsam mit anderen zu gestalten, gegebenenfalls zu verändern, zu entwickeln, d. h. persönlich und öffentlich-politisch handlungsfähig zu werden (Penta/Sander 2007: 2).

### **FOCO**

Community Organizing ist ein demokratisch geführter, langfristiger Prozess, in dem Menschen zusammen nach ihrem gemeinschaftlichen Eigeninteresse handeln, um Probleme und deren Lösungen in ihrem gemeinschaftlichen Leben zu identifizieren, Machtstrukturen aufbauen, um diese zu nutzen, Lösungen umzusetzen (ECON 2012: 7).

Theoretischer Bezugspunkt beider Organisationen ist die US-amerikanische Debatte zu Community Development. Die im vierten Kapitel formulierte

Kritik zu dieser kooperativen Form liberalen Community Organizings gilt entsprechend auch hier: Das DICO und ein Großteil des FOCO predigen das Märchen, sie würden nicht-ideologisches Community Organizing betreiben. Ihre Politik beruht auf einer stark unterkomplexen Analyse der in ihren Nachbarschaften auftretenden Probleme. Ihnen zufolge reiche es aus, wenn Bürger\_innen in Bezug auf die identifizierten Probleme auf »Augenhöhe mit Staat und Wirtschaft« Kompromisse aushandeln (Penta/Sander 2007). Der Anspruch, die Verhältnisse ändern zu wollen, kommt schon theoretisch nicht vor. Darüber hinaus führen sie nur Kämpfe, die sie auch gewinnen können. Sie beschränken sich auf Themen, die ausschließlich den Stadtteil betreffen, finanzieren sich durch große Unternehmen, und gehen von einer einheitlichen Community und gemeinsamen Interessen in der Community aus.

Insgesamt verfolgen das DICO und das FOCO einen konfliktfreien und marktfreundlichen Ansatz des Community Organizings. Innerhalb des FOCO kommen aufgrund seines Netzwerkcharakters auch vorsichtig kritische Stimmen zu Wort, die auf transformatives Community Organizing hinweisen (Rothschuh 2013). Das DICO betreibt in Berlin drei Bürgerplattformen. In den Bezirken Schöneeweide (seit 2000), Wedding (seit 2008) und Neukölln (seit 2012) setzen sie ihre Vorstellung des Community Organizings in die Praxis um. Allen drei Bürgerplattformen sind ein oder zwei fest angestellte Organizer\_innen zur Seite gestellt, die den Organisationsprozess in »geordnete« Bahnen lenken.

Im Jahr 2012 habe ich in einer qualitative Studie zur Bürgerplattform Wedding/Moabit (Maruschke 2014) vier Aspekte ihres Organisationsansatzes problematisiert: das *Fehlen einer strukturellen Gesellschaftskritik*, die *kleinteilige Projektarbeit*, die *Entwicklung neoliberaler Kontroll- und Ausgrenzungsstrategien im Namen der Allgemeinheit* und die *Legitimation neoliberaler Programme durch neue Beteiligungsformen*. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Bürgerplattform Gentrifizierung und neoliberale Kontrollstrategien aktiv mitgestaltet. Sie betreibt und legitimiert so den urbanen Klassenkampf gegen die einkommensschwache Bevölkerung Weddings. Vormalig emanzipatorische Positionen integriert sie in den neoliberalen Stadtentwicklungskontext und stärkt so dessen gesellschaftliche Basis. Diese Punkte schließen an die im vierten Kapitel formulierte Kritik am liberalen Community Organizing an. Sie verdeutlichen die Unfähigkeit (neo)liberaler Nachbarschaftsorganisationen, den gesellschaftlichen Verwüstungen substantiell etwas entgegenzusetzen.

Bevor die Bürgerplattform 2008 gegründet wurde, haben die Organizer\_innen diverse Vertreter\_innen von Kirchen- und Moscheegemeinden, Kulturvereinen, Obdachloseneinrichtungen, Jugendklubs, Kindergärten etc. angesprochen und dazu bewegt, sich an einen Tisch zu setzen. In Themenfindungswshops wurden die drei zentralen politischen Themen Jobcenter,

Bildung und öffentlicher Raum herausgefiltert. Seitdem treffen sich die Vertreter\_innen oder Vorsitzenden der insgesamt ca. 30 Mitgliedsgruppen alle sechs bis acht Wochen in Arbeitsgruppen, um die Themen zu besprechen. Einmal im Jahr finden Vollversammlungen statt. Sind die eigenen Positionen gefunden, verhandelt die Bürgerplattform mit den Entscheidungsträger\_innen der Jobcenter, Schulen, Bezirksämtern oder Polizeidirektionen über das Verwaltungshandeln. Wie ein aktives Mitglied der Bürgerplattform es ausgedrückt hat, versucht diese letztlich das zu erreichen, »was man von einer funktionierenden Verwaltung von selber erwarten würde«.

In der Auseinandersetzung mit dem Jobcenter wird explizit darauf verzichtet, mit den Menschen, die sich in der Bürgerplattform zusammenfinden, die gesellschaftliche Funktion dieser Institution zu diskutieren. Kein Wort zum Lohnruck auf existierende Arbeitsverhältnisse, zu subventionierten Niedriglöhnen, zum menschenunwürdigen Alltag im Jobcenter, zu entwürdigenden Maßnahmen, zur individualisierten Perspektive und zu den absolut unzureichenden Regelsätzen für Miete und Leben. Jenes Mitglied der Bürgerplattform hat es wie folgt formuliert:

Also, wir sind ja alle gut dressierte Schafe in dieser Gesellschaft. Und von daher war die Autorität der Organizer natürlich sehr mächtig. Und es war immer ganz klar, dass wir jetzt über die Höhe vom ALGII nicht diskutieren. Das ist außerhalb von unserem Möglichenbereich. Das war immer klar. Worüber dann wieder diskutiert wird, ist die AV Wohnen.

In der Diskussion um die Verwaltungsvorschrift »AV Wohnen«, die zusammen mit der »Wohnaufwendungsverordnung« (WAV) die Höhe der vom Jobcenter übernommenen Miete regelt, fordert die Bürgerplattform eine Erhöhung der Sätze. Dies ist eine sinnvolle und notwendige Forderung. Eine Lösungsperspektive für arbeitslose oder einkommensschwache Menschen, die von Verdrängung aus dem Stadtteil bedroht sind, bietet sie aber nicht. Die Bürgerplattform müsste beispielsweise auch die sie finanzierenden öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auffordern, die Mieten zu senken und so ein klares Zeichen gegen steigende Mieten setzen. Stattdessen zieht sie es vor, die Mietpreisspirale nicht zu hinterfragen oder zu kritisieren.

Die Bürgerplattform verweigert den Blick auf die Ursachen von Armut und Verdrängung. Dies drückt sich auch in der Mitwirkung an Aufwertungsprogrammen in Berlin-Wedding aus. Statt problematische Aspekte unternehmerischer Stadtpolitik zu thematisieren, wurde die Präsenz von Trinker\_innen auf einem zentralen Platz zu einem massiven Problem überhöht. Anschließend wurden diese vom Platz verdrängt, ein Platzmanagement eingesetzt und die Einsatzstunden der Polizei nach oben verhandelt. Diesen Erfolg schreibt sich die Bürgerplattform nun auf die Fahnen. Im Gespräch berichten Mitglieder, die oft selber an der Armutsgrenze leben, dass kritische Nachfragen beispielsweise

zum Thema der Gentrifizierung »immer so abgetan« wurden, das würde »hier nicht so durchschlagen«.

Statt die bevorstehende systematische Verdrängung einkommensschwacher Familien aus dem Stadtteil ernst zu nehmen, hat sich die Bürgerplattform die Trinker\_innen als Ziel ihrer Politik ausgesucht. Nur das gezielte Einschreiten eines Einzelnen in die Meinungsbildung der Bürgerplattform hat deren komplette Vertreibung aus der Gegend verhindert.

Insgesamt behaupten alle drei Berliner Bürgerplattformen von sich, sie würden kein ideologisches Community Organizing betreiben. Dieser Anspruch übersetzt sich in eine Analyse, die die Ursachen der Alltagsprobleme im Jobcenter oder im öffentlichen Raum nicht erkennt. Es entsteht eine politische Praxis, die über den Status quo neoliberaler Stadtpolitik nicht hinaus kommt. Folgerichtig beschränken sich die Bürgerplattformen auf Auseinandersetzungen, in denen sie erfolgreich sein können. In Verhandlungen mit öffentlichen Verwaltungen, in denen grundlegende Konflikte nicht thematisiert werden, werden »Erfolge« ausgehandelt. Ganz in der Logik des Community Development und in dem Bild einer einheitlichen Nachbarschaft verhaftet, sind die Bürgerplattformen überzeugt, ihre Standortpolitik würde allen zugutekommen.

Die ungebremste Aufwertung und die teilweise verschärfte Polizeipräsenz im Handlungsgebiet der Bürgerplattform Wedding/Moabit, zeugen vom Gegenteil. Die Politik der Bürgerplattformen kommt primär der Mittelschicht zugute. Einkommensarme Bewohner\_innen hingegen leiden unter der politischen Praxis der Bürgerplattform. Die strukturellen Konflikte zwischen arm und reich, zwischen Männern und Frauen und zwischen *weißen* Institutionen und People of Color werden verschleiert oder wegmoderiert. Es ist nicht verwunderlich, dass dieser »verordnete Pragmatismus« von Wohnungsbaugesellschaften und unternehmensnahen Stiftungen finanziert wird.

Mit den Bürgerplattformen haben die Sponsor\_innen ein für sie hilfreiches Instrument gefunden, das sie wenig kostet, unternehmensnahe Politik hinter pseudo-demokratischen Strukturen versteckt und in der Nachbarschaft verankert. Die Bürgerplattformen fungieren damit, wie in der Kritik am Community Development bereits festgestellt wurde, als vermittelnde Instanz zwischen Staat, Unternehmen und Zivilgesellschaft. In diesem Dreieck, das keinen Rassismus, keine Klassenkonflikte, keinen Sexismus und selbstredend keine strukturellen Ursachen irgendwelcher Probleme kennt, sollen sich die Menschen selbst aus der Armut rausorganisieren.

Das DICO präsentiert die Bürgerplattformen als Methode, Sozialkapital und Zivilgesellschaft zu produzieren (Penta/Sander 2007). Gemeinsam sollen Zivilgesellschaft und Bürgerplattformen das Legitimationsproblem profitorientierter Stadtpolitik lösen. Der angenehme Nebeneffekt ist ein Zuschnitt politischer Programme und ökonomischer Vermarktungsstrategien auf die

einzelnen Nachbarschaften, den staatliche Institutionen und Unternehmen ohne diese Hilfe nur mit hohem Aufwand leisten könnten. Die gleichzeitige Betonung der Schlüsselbegriffe aus dem Schlagwortkatalog des städtischen Neoliberalismus (Zivilgesellschaft, Sozialkapital, Nachbarschaftsaktivierung, Community Building) ist kein Zufall. Dieser Zusammenhang wird im achten Kapitel näher beleuchtet.

Aber auch in der BRD gibt es Versuche, die nachbarschaftliche Organisation politisch zu denken und neu auszurichten. In Berlin arbeiten *Kotti & Co* und *Zwangsräumungen verhindern* mit Elementen des transformativen Community Organizing, ohne sich explizit auf das Konzept zu beziehen. Das Interview mit beiden Gruppen bietet einen Einblick in die Erfolge und Schwierigkeiten einer transformativen Organisationspraxis im Berliner Alltag.

## 07 »Die Bewegung hat einen Schritt gemacht« – Kotti & Co und Zwangsräumungen verhindern

Im November 2013 habe ich Julia und Sebastian von *Zwangsräumungen verhindern* (ZRV) und Matti und Tashy von *Kotti & Co* (K&C) in Berlin getroffen, um mit ihnen über die Probleme und Chancen von Basisorganisation zu sprechen.<sup>16</sup> Beide Gruppen haben einen stadtpolitischen Fokus, bearbeiten aber auch andere Themen, wie zum Beispiel Rassismus auf dem Wohnungsmarkt.

Beide haben durch spektakuläre Aktionen auf sich aufmerksam gemacht. K&C hat 2012 einen Platz am Kottbusser Tor in Kreuzberg besetzt und mit dem Gececondu einen Dauerprotest eingerichtet, um auf die Mietenexplosion im sozialen Wohnungsbau aufmerksam zu machen. ZRV hat im gleichen Jahr mit einer Blockade die Zwangsräumung der fünfköpfigen Familie Gülbol aus Kreuzberg verhindert. In einem weiteren Versuch hat der Berliner Senat die Räumung gegen 1.000 Menschen gewaltvoll durchgesetzt.

Durch ihre Arbeit an konkreten Problemen adressieren beide Gruppen strukturelle Schief lagen in der Gesellschaft. ZRV unterstützt Menschen im gesamten politischen und sozialen Prozess einer Zwangsräumung. Sie begleiten die Menschen zu Gerichten, zu Ämtern, zu Eigentümer\_innen, helfen bei Verhandlungen, veranstalten Kundgebungen, machen kleinere und größere Aktionen, blockieren Räumungsversuche, besuchen die Profiteure unternehmerischer Stadtpolitik und beteiligen sich an mehreren stadtpolitischen Bündnissen.

K&C kämpfen für eine wirklich soziale Wohnraumversorgung in der Innenstadt im Allgemeinen und um bezahlbare Mieten im so genannten Sozialen Wohnungsbau am Kottbusser Tor im Besonderen. Sie erarbeiten ein Modellprojekt zur Rekommunalisierung von Sozialwohnungen und deren demokratische Kontrolle durch die Bewohner\_innen. Seit Mai 2012 halten sie das südliche Kottbusser Tor besetzt, wo in Form des Gececondus ein Nachbarschaftszentrum entstanden ist, in dem Treffen, Diskussionsveranstaltungen, Konzerte, Parties und eine Sozialberatung stattfinden. Sie veranstalten regelmäßig Lärmdemos, haben eine Expertenkonferenz zum Sozialen Wohnungsbau im Abgeordnetenhaus organisiert und zwei Broschüren zum Thema herausgegeben. Gerade organisieren sie eine Nachbarschafts-Kampagne zum »selber-mieten-senken«. Sie haben das Bündnis Solidarische Stadt initiiert und sind in vielen anderen Kontexten vernetzt – und sie unterstützen das Mädchen-Fußballteam des lokalen Vereins Türkiyemspor.

---

<sup>16</sup> Die Interviews fanden getrennt voneinander statt und dauerten jeweils über eine Stunde. Der vorliegende Text ist eine Collage von Ausschnitten aus den Gesprächen.